



Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 27. Januar 2010

Vorlagen-Nr. 08-F-25-0117

Kommunaler Kostenausgleich bei Kita-Gebühren
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom
22.10.2008 -

Beschluss Nr. 0021

1. Der mdl. Bericht von Herrn Scheffler (Amt für Soziale Arbeit) wird zur Kenntnis genommen, wonach
 - der Hess. Städtetag und Herr Staatsminister Banzer in dieser Angelegenheit angeschrieben wurden und in der vergangenen Woche erste Gespräche stattgefunden haben,
 - eine gesetzliche Änderung erst nach dem 31.12.2011 möglich ist, da die jetzt geltende Regelung bis zu diesem Zeitpunkt befristet ist,
 - als mögliche Lösung eine Regelung ähnlich wie bei den Gastschulbeiträge angedacht wird (Beiträge pro Krippe / Hort o.ä.),
 - weiterhin Forderungen erhoben und der Klageweg weiter betrieben wird, parallel dazu aber auch eine Gesetzesänderung vorangetrieben werden soll.
2. Der Revisionsausschuss begrüßt ausdrücklich, dass die jetzt parallel betriebenen Verfahren (Forderungen stellen/Klage betreiben - Gesetzesänderung herbeiführen) weitergeführt werden, um zu einer endgültigen nachvollziehbaren Entscheidung zu kommen.
3. Der Revisionsausschuss bittet den Magistrat (Dezernat VI), in ca. einem Jahr über den Sachstand zu berichten und geht davon aus, dass bei frühzeitigeren Veränderungen unaufgefordert berichtet wird.

Herrn stellv. Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2010

Gaedeke
Stv. Vorsitzende

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2010

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2010

1. Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister